

Pakistan 2008 – Eine Jahresbilanz

Utl.: Labile innenpolitische Lage und heikle geopolitische Situation des Landes

Islamabad/Wien – Die labile innenpolitische Lage Pakistans und die heikle geopolitische Situation des südasiatischen Landes zwischen den Krisenherden Afghanistan, Kaschmir und Indien wurde am Montag, den 1. Dezember bei einem Vortrag des deutschen Pakistan-Experten Hein Kiessling (Leiter des Büros der Hans-Seidel Stiftung in Islamabad) über das Thema „Pakistan 2008 – eine Jahresbilanz“ einer eingehenden Analyse unterzogen.

Bei der Begrüßung der Gäste durch Dr. HEINZ GÄRTNER (Österreichisches Institut für Internationale Politik OIIP) und durch den als Moderator fungierenden ehemaligen österreichischen Botschafter in Pakistan und derzeitigen Präsidenten der Österreichisch-Pakistanischen Gesellschaft, Dr. FRIEDRICH POSCH, wurde darauf hingewiesen, dass dem Vortrag angesichts der vergangenen Anschläge im indischen Mumbai (Bombay), die einen gewissen pakistanischen Hintergrund aufwiesen, besondere Aktualität zukomme. Es erhebe sich die Frage, ob Pakistan als schwacher Staat Teile seines Territoriums nicht kontrollieren könne. Die USA befürchteten, dass Pakistan Truppen von der afghanischen Grenze abziehen und an die indische Grenze verlegen könnte. Weitere Komplikationen in der Region seien das ungelöste Kaschmir-Problem, ferner die Tatsache, dass beide Länder „zur Abschreckung“ über Atomwaffen verfügten und Fragen der Atom-Proliferation ebenfalls aktuell seien. Doch könnten die Anschläge auch dazu führen, dass Pakistan und Indien in Zukunft enger zusammenarbeiten würden.

Dr. Posch, der aus seiner Diplomatenzeit noch zahlreiche Kontakte mit pakistanischen Persönlichkeiten unterhält, arbeitet derzeit an einem Buch über die Geheimdienste Pakistans und Indiens.

Im Vordergrund des Vortrages von Dr. HEIN KIESSLING stand die Entwicklung in und um Pakistan von 2006 bis heute. Ende 2006 wies die Regierung unter Präsident und Armeechef Pervez Musharraf noch positive Elemente auf, insbesondere in Wirtschaft und Medienpolitik: so konnte die Presse relativ frei und kritisch berichten, neben dem staatlichen Fernsehen gab es auch private Fernsehstationen, wo auch Regimegegner zu Wort kamen. Die proamerikanische Politik Musharrafs wurde damals auch noch teilweise positiv bewertet.

2007 kam es zu einem rasanten Absturz – nach der Entlassung von Juristen wie dem Chefrichter des Landes, Chowdry. Denn Musharraf befürchtete, dass der Chefrichter seine, Musharrafs, Wiederwahl in das Präsidentenamt als unregelmäßig betrachten könnte. Pakistans Richterschaft sei korrupt, so Kiessling, auch waren Chowdrys Entscheidungen oft umstritten. Pakistans Richter galten bis damals als regierungs-willfährig. Eine Protestbewegung, die Lawyers Movement, forderte die Wiedereinsetzung Chowdrys. Musharraf verlor in der Folge systematisch an Macht und Einfluss, auch weil die Mehrheit der Pakistanis die Ära Musharraf für abgelaufen hielt. Zunächst musste er das Amt des Armeechefs abgeben, da er auch im Offizierskorps Gegner hatte. Mit den für 2008 angesetzten Wahlen glaubte Musharraf, an der Macht bleiben zu können.

Der neue Militärführer des Landes ließ das Militär aus dem Wahlkampf heraushalten, um Wahlmanipulationen zu verhindern. Die bedeutendsten Parteien Pakistans, die PLP (Moslemliga) und die PPP (Pakistanische Volkspartei) beschlossen auf Grund des Wahlergebnisses die Bildung einer Koalitionsregierung, zerstritten sich aber, so dass Navaz Sharif von der PLP aus der Koalition ausschied. Dem neuen PPP-Führer Asif Ali Zardari gelang es, seine partei-internen Widersacher auszumanövrieren, dann stellte er die Weichen, Präsident des Landes zu werden (Ende Sommer 2008). Unter ihm hat Pakistan heute ein Präsidialregime, ihm gelang es ferner, eine Spaltung unter den Juristen zu erreichen. (Forts. Seite 2)

Alle Beobachter der südasiatischen Szene sind sich einig, dass ohne ein stabiles Pakistan keine Stabilität in Südasien möglich sei. Als chaotisch kann man nach den Worten Kiesslings die Lage in Pakistan nicht bezeichnen, wohl aber herrsche dort Verunsicherung und Misstrauen gegenüber den Fähigkeiten der Regierung. Ein Großteil der Bevölkerung habe das Vertrauen in Präsident Zardari verloren, die nach dem Abgang Musharrafs fortgesetzte pro-amerikanische Politik werde von der Bevölkerung heftig abgelehnt. Andere Leute behaupteten, dass Zardari doch politisch erfolgreich sei und für Pakistan einiges erreicht habe. Allerdings lägen derzeit wieder viele Korruptionsgerüchte in der Luft. Ehemalige, nach Pakistan zurückgekehrte Politiker hätten wenig dazugelernt – die Korruption sei eine Art „Kulturbestandteil“ in dieser Region geworden, weil Politiker immer für ihre Familien und Anhänger sorgten. Die derzeit unter Kritik stehenden Parteiführer hätten viel politische Überlebensfähigkeit bewiesen.

Musharraf weilt gegenwärtig in Großbritannien, seine Rückkehr in die Politik Pakistans darf angezweifelt werden. Allgemein herrsche derzeit in Pakistan eine Verunsicherung, was Politik generell betreffe: die Parteien sind gespalten, andere Parteien dümpelten derzeit im politischen Abseits dahin oder stehen in gewissen Provinzen unter Druck.

Präsident Zardari wird eine Wiedereinsetzung des ehemaligen Chefrichters Chowdry mit Sicherheit verhindern. Wenn im März 2009 die Hälfte des Senats neu gewählt wird, werden Absicherungen von Plänen der Parteien erwartet, erhofft wird auch eine Beschneidung der Vollmachten des Chefrichters.

Pakistans Wirtschaft ist den Anforderungen der gegenwärtigen Situation – vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise – nicht gewachsen. Gelder aus dem Ausland waren bisher in den Konsum geleitet worden oder in dunklen Kanälen verschwunden, das galt auch für die von Washington zur Verfügung gestellten 10 Mrd. USD. China und Saudi-Arabien gewährten bisher nur beschränkte Hilfe an Pakistan. Vom Internationalen Währungsfonds (IMF) liegt eine Zusage von 7,5 Mrd. USD vor. Die erhöhten Verteidigungsausgaben will man durch Kreditaufnahmen decken. Die neuen „demokratischen“ Machthaber verfügen über aufgeblähte Kabinette, ebenfalls in den Provinzen, trotz drohender Zahlungsunfähigkeit würden z.B. Auslandsreisen von Politikern mit großer Entourage unternommen. Da viele Pakistanis nicht recht an künftige Erfolge des Präsidenten glaubten, lasse sich keine Voraussage über die Lebensdauer der gegenwärtigen Regierung treffen, so Kiessling. Von Seiten der Streitkräfte sind in absehbarer Zeit keine Putsche oder Putschversuche zu erwarten, die Offiziere zeigten sich „kooperativ“, auch um ihr Image in der Bevölkerung aufzupolieren.

Klagen, dass das Regime gegenüber Forderungen der USA zu nachgiebig sei, werden Kiessling zufolge nicht überall geteilt. Gegenüber Afghanistan betreibt Pakistan ein Doppelspiel: nach außen hin würden dortige Extremisten bekämpft, heimlich würden sie aber unterstützt. Die USA haben den Krieg gegen den Terrorismus auf pakistanisches Gebiet hineingetragen. Der Kampf Pakistan gegen den Terrorismus hat erst unter dem gegenwärtigen Armeechef Kaijani richtig begonnen. Er kommt aber nicht allen Forderungen der USA nach. Im Land fragt man sich auch, warum die Armee nicht gegen pakistanische Taliban vorgehe, obwohl deren Schlupfwinkel bekannt seien. Fest steht, dass die pakistanischen Streitkräfte angesichts der politischen Probleme des Landes (Afghanistan, Kaschmir, Iran, Terrorismus) nicht im Abseits stehen werden, sondern in politischen Fragen immer auf eine Mitbestimmung bestehen werden. Nun werde man sehen, wie die neue US-Politik gegenüber Afghanistan und Pakistan unter dem neuen US-Präsidenten Obama aussehen werde.

(Forts. Seite 3)

Für die unmittelbare Zukunft hat Washington weitere Hilfe für Pakistan in Aussicht gestellt. Sollte der Geldfluss aus dem Westen einmal nachlassen, verfügte Pakistan über „feine Druckmittel“, z.B. Hinweise auf sein Atompotential. Kiessling wertet die pakistanischen Streitkräfte für „überfordert“, glaubt aber, wie er abschließend betonte, weder an einen vollständigen Rückzug aus der Politik, noch aus für sie wichtigen „Einflussgebieten“ an den Grenzen des Landes.

Bei der anschließenden Diskussion trat immer mehr das für Pakistan sicher brennende Problem Afghanistan in den Mittelpunkt der Erörterungen. Kiessling gab dem neuen US-Präsidenten Obama den Rat, „überlegt“ an die Behandlung der Probleme der südasiatischen Region heranzugehen. Er selbst, so Kiessling, sei ein Gegner der Entsendung von Soldaten der deutschen Bundeswehr nach Afghanistan gewesen. In Gesprächen mit dem afghanischen Präsidenten Karsai habe dieser die pakistanischen Einmischungsversuche in seinem Land kritisiert – Pakistan hat immerhin legitime Interessen dort (Afghanistans Rolle als Transitland, Hilfe an Afghanistan zu Zeiten der Sowjetintervention dort, Verhinderung eines engeren Bündnisses zwischen Kabul und Delhi). Die Einmischung bzw. den Einfluss zahlreicher anderer Länder in Afghanistan habe Karsai in dem Gespräch aber nicht erwähnt: USA (Kampf gegen den Terrorismus), Russland (Gegner des US-Einflusses, Bestreben Moskaus, einen Pipelinebau aus Zentralasien durch Afghanistan an das Arabische Meer zu verhindern), Saudi-Arabien (aus religiösen Gründen an Stärkung des fundamentalistischen Wahabismus interessiert, damit der schiitische Iran nicht übermäßigen Einfluss in Afghanistan gewinnt), Iran (Teheran will schiitische Minderheit in Afghanistan schützen, z.B. in der Umgebung von Herat, dessen Region offen vom Iran beansprucht wird). Indien will alte Beziehungen zu Afghanistan wiederbeleben (als Druckmittel, falls Pakistan Unruhen in Kaschmir schüren sollte). Auch China hat Interessen in Afghanistan.

Pakistan weist gegenüber allen seinen Geldgebern (USA, Saudi-Arabien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Japan), auf seine geostrategische Lage hin, die einen Stopp der Gelder nicht rechtfertigen würde. Die vergangene Attentatswelle in Mumbai (Bombay) könnte Zardaris Stellung in Pakistan stärken, nicht zuletzt wegen seiner in letzter Zeit aufgeschlosseneren Politik gegenüber Delhi, aber auch angesichts der bevorstehenden Wahlen in Indien. Die Gefahr eines Auseinanderbrechens Pakistans hält Kiessling nicht für größer als dieselbe Gefahr für Indien (angesichts dortiger Naxaliten-Aufstände im Nordosten und Aktivitäten von Maoisten).

(Schluss)